

Positionspapier der LandesAStenKonferenz Rheinland- Pfalz zur BAföG-Gesetzesnovelle

AStA der TH Bingen, HS Kaiserslautern (Standorte Kaiserslautern, Zweibrücken & Pirmasens), HS Mainz, HS Worms, HS Koblenz (Standorte Koblenz, RheinAhr Campus Remagen & Westerwald Campus Hörh-Grenzhausen), HS Ludwigshafen, HS Trier (Standort Trier & Umwelt Campus Birkenfeld), TU Kaiserslautern, Uni Koblenz-Landau (Standorte Koblenz & Landau), Uni Mainz (Standorte Mainz & FTSK Germersheim) und Uni Trier

Vorwort

Die Bundesregierung plant unter der Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine BAföG-Gesetzesnovelle im Jahr 2019. Aus Sicht der Bundesregierung soll diese Reform eine Trendwende schaffen. Die LandesAstenKonferenz (LAK) Rheinland-Pfalz bewertet die vorliegende Reform als schwachen Fortschritt, sieht jedoch bei weitem keine versprochene Trendwende. Die angedachten Maßnahmen greifen deutlich zu kurz und können den Reformstau der letzten Jahre nicht auffangen.

Um ein zukunftsfestes BAföG zu erreichen, stellt die LAK Rheinland-Pfalz folgende Forderungen auf.

1. Grundsatzbedarf erhöhen

Der jetzige Entwurf sieht eine Erhöhung des Grundbedarfs auf 427 Euro pro Monat vor. Laut einer Studie des Deutschen Studentenwerk (DSW) liegt die Erhöhung damit unter dem durchschnittlichen Realbedarf von 469 Euro. Da es sich hierbei nur um den durchschnittlichen Realbedarf handelt und dieser an vielen Hochschulstandorten deutlich höher liegt, fordern wir deshalb eine Erhöhung des Grundbedarfs auf 550 Euro.

2. Wohnungspauschale

Die Wohnungspauschale beträgt zurzeit 250 Euro pro Monat und soll auf 325 Euro erhöht werden. Auch diese Erhöhung liegt unter den durchschnittlichen Mietpreisen in den Universitätsstädten. Wir fordern deshalb, dass die Wohnungspauschale erhöht wird und sie sich an der Höhe des regionalen Miet-spiegels orientiert.

Um den Druck aus dem Wohnungsmarkt zu nehmen, muss verstärkt sozialer

Wohnungsbau betrieben werden und eine effektive, funktionierende Mietpreisbremse eingeführt werden.

3. Erhöhung der Freibeträge

In Deutschland erhalten zurzeit weniger als zwanzig Prozent der Studierenden BAföG. Außerdem erhält der Großteil der förderberechtigten Studierenden nicht den Höchstsatz des BAföG.

Das BMBF hat beim Bundesfinanzministerium gemeldet, dass der BAföG-Topf nicht voll ausgeschöpft wird, weil voraussichtlich zu wenig Studierende förderberechtigt sein werden. Gerade unter diesem Aspekt fordern wir, dass die Freibeträge mittelfristig deutlich angehoben werden müssen.

4. BAföG elternunabhängig gestalten

Studierende sind mit dem Abschluss des 18. Lebensjahrs unabhängig Individuen und sollten dementsprechend vom Staat behandelt werden. Wir fordern deshalb, dass das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern gestaltet wird. Wir sehen hier u. a. den Vorteil, dass damit der bürokratische Aufwand deutlich verringert wird.

5. BAföG als Vollzuschuss

Nach Abschluss eines Studiums mit BAföG-Förderung starten die Absolvent*innen mit Schulden ins Berufsleben. Für viele Studierende aus dem nicht-akademischen Milieu kann dies abschreckend wirken und dazu führen, dass kein BAföG beantragt wird. Da das BAföG als Beitrag zum Ideal der freien Bildung gedacht ist, sollte dies auch konsequent umgesetzt werden. Wir fordern deshalb, das BAföG als Vollzuschuss gewährt werden soll. Solange

das Bafög nicht als Vollzuschuss gewährt wird, sollte der Schuldenerlass von zwanzig auf zehn Jahre halbiert werden.

6. Abbau des bürokratischen Aufwandes

Die Beantragung von BAföG ist mit einer Vielzahl von Formularen und Nachweisen verbunden, welche sehr zeitaufwändig und komplex sind. Wir fordern deshalb, dass die Beantragung vereinfacht werden soll und eine Onlineabwicklung des Verfahrens ermöglicht werden muss. Außerdem müssen die Formulare mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden.

Um eine Anschlussfinanzierung zu gewährleisten und lange Wartezeiten zu verhindern, fordern wir außerdem, dass die BAföG-Ämter mit mehr Personal ausgestattet werden.

7. Jährliche Evaluation und Anpassung

Um gewährleisten zu können, dass die Fördersätze und Freibeträge in Zukunft ausreichend sind, müssen diese jährlich überprüft und angepasst werden. Wir fordern deshalb, dass der BAföG-Satz jährlich unter anderem an die Inflationsrate angepasst wird.

8. Entkopplung der Regelstudienzeit

In Regelstudienzeit schließen lediglich 46 % aller Studierenden das Studium ab. Wir fordern deshalb, dass das BAföG von der Regelstudienzeit entkoppelt wird und die Förderungsdauer deutlich verlängert wird.

Schlusswort

Wir möchten uns als LAK Rheinland-Pfalz für eine Verbesserung des BAföG mit den genannten Forderungen einsetzen. Deshalb werden wir mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen versuchen, die Debatte in der Gesellschaft anzustoßen.

Wir unterstützen die Petition „Das BAföG muss zum Leben reichen – für eine grundlegende BAföG-Reform“ des BAföG-Bündnisses.

Trier, den 18. April 2019

Luca Wagner
LAK Koordination